

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis  
für ganz Deutschland 1 Mk. 50 Pf. pro  
Quartal.

Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 1. und 3. Monat, und auf den  
2. Monat besonders angenommen; im  
König. Sachsen und Herzogth. Sachsen  
Eisenberg auch auf den 1. und 3. Monat  
des Quartals à 54 Pf.

Inserten  
beiz. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,  
beiz. Beisatzleistungen und Farbe pr.  
Zeile 20 Pf.

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen  
nehmen an alle Postämter und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.

Post-Expeditionen.

New-York: Soc. Dem. Office,  
154 Eldridge Str.  
Philadelphia: 3. 248, 630 North  
3rd Street.  
J. 207, 1129 Charlotte Str.

London N. J.: J. A. Sorge, 215 Wash-  
ington Str.

Chicago: A. Riemann, 74 Clybourne Ave.

San Francisco: J. G. 418 O'Farrell Str.

London W.: G. Dwyer, 8 New  
Golden Square.

Nr. 106.

Sonntag, 8. September.

1878.

### Eine Betrachtung nach den Wahlen.

Das Volk braucht nur einig zu sein in dem, was es will, um politisch mächtig, um unwiderstehlich zu werden. Sind von den 10—12 Millionen Männern in Deutschland, welche das allgemeine Wahlrecht besitzen, auch nur 7 Millionen in einer bestimmten sozialpolitischen Ueberzeugung gewint, so giebt es keine Gewalt, die ihrem Willen zu widerstehen vermöchte, so vollziehen sich alle von den 7 Millionen gewollten politischen und wirtschaftlichen Reformen ohne Blutvergießen, ohne Gewalt.

Um eine blutige Revolution zu vermeiden — darum arbeitet die Sozialdemokratie mit allen ihren Kräften an der Einigung des Volkes in der einen sozialistischen Ueberzeugung.

Ist es nun möglich, das die Grundsätze einer Partei, welche auf dem Wege friedlicher Verbreitung ihrer Anschauungen am besten ihre sozialpolitischen Ziele zu erreichen überzeugt ist, einem Suben die Wodwaffen gegen den Landesfürsten in die Hand drücken können?

Nein und tausendmal nein — die Hölle und Nobiling und all' der Ausatz, welcher von den herrschenden Zuständen, ihrem Glend und ihrer Verworfenheit, mit Nothwendigkeit erzeugt wird, haben mit der Sozialdemokratie nicht mehr zu thun, als die Krankheiten mit dem Arzte, der sie heilen will.

Wenn also die Reichsregierung sofort nach dem Schusse Hölle's mit einem Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie kam, so hätte sie unrecht; und wenn sie nach dem zweiten Attentat sogar den Reichstag auflöste, weil er jenes Ausnahmegeetz mit großer Majorität verworfen hatte, so zeigte sie nur, daß sie von den möglichen Ursachen der verübten Verbrechen entweder nichts begreifen konnte oder wollte.

Die sogenannte reichsfreundliche Presse stürzte nach dem Attentat Nobiling's blind und toll auf das rothe Tuch zu, welches ihr von der Regierung vorgehalten wurde. In dem einen Schrei: Nieder mit den Sozialdemokraten! waren alle nichtsozialistischen Parteien einig.

Die Ernüchterung von dem Taumel brutaler Vernichtungslust ist jetzt allerdings eingetreten. Der nationalliberalen Partei vor allem ist ein Licht aufgegangen; es ist ihr auf einmal klar geworden, daß es der Reichsregierung nicht so sehr um die Vernichtung der Sozialdemokratie, als um die Auflösung der liberalen Parteien zu thun ist.

Die Liberalen waren dem Fürsten Bismarck zur Gründung des deutschen Reiches nöthig, weil insbesondere die Süddeutschen liberal waren und einem conservativen Preußen sich niemals gutwillig untergeordnet hätten. Deshalb durften die Führer der Liberalen bei der Gesetzgebung im Reichstage mitreden, deshalb wurde die wirtschaftliche Gesetzgebung nach den liberalen Grundsätzen des vollständigen Freihandels, der freien Concurrenz in Produktion und Verkehr, eingerichtet.

Man besteht das deutsche Reich — die Reichsregierung ist des ewigen Dreinredens von Seiten der parlamentarischen Größen satt, ihre Wirtschafts- und Handelspolitik wird ihr un bequem — die Liberalen können also gehen.

Die Liberalen loszuwerden, dazu war das Höllegesetz ein treffliches Mittel. Die Liberalen hatten es abgelehnt — man brauchte also nur dem Volke einzureden, daß ohne solch' ein Ausnahmegeetz die Welt aus Rand und Band gehen müsse, daß „die besonnenen Elemente“ des Volkes für die Wahl eines Reichstags sorgen müßten, der die Regierung in ihren Bestrebungen zur Erhaltung der öffentlichen Sittlichkeit besser unterstütze — und dann mußten ja andere Männer in den Reichstag kommen, Männer ganz nach dem Herzen Bismarck's.

Als die Liberalen merkten, wie der Wind blies, betheuereten sie in der Hergensangst um ihre Reichstagsitze geschwind, sie wollten jetzt gern jedes Ausnahmegeetz gegen die bösen Sozialdemokraten annehmen. Aber die Reichsregierung blies und bleibt unerbittlich — sie half den Conservativen, wo sie konnte, und schadet noch immer den Liberalen nach Kräften.

Darum ist auch alleserede von der freiwilligen Vereinigung der sogenannten Ordnungsparteien eitel blauer Dunst. Wo sich die Liberalen den Conservativen nicht demüthig und bescheiden unterordnen, giebt es keine Vereinigung. Erst wenn sie ihren ganzen Liberalismus abschwürfen, haben sie gegründete Hoffnung, von der Reichsregierung und den von dieser bevorzugten conservativen Parteien zu Gnaden aufgenommen zu werden.

Und so stehen denn die Liberalen wirklich jetzt vor dem Sprung in den Abgrund. Springen sie nämlich bei der Verrothung der Ausnahmegeetze über den vorgehaltenen Stod, so sind sie für alle Zeiten bei dem Volke in den Abgrund der Verachtung gefallen; springen sie nicht über den Stod, so bedrängt Bismarck sie so lange, bis sie den Namen selbst, den schönen Namen: Nationalliberal ablegen, und sind dann gestürzt in den Abgrund der völligen Vergessenheit.

Man kann die Situation nach allen Seiten betrachten, immer sieht man den in den Schmutz gefallenen Liberalismus. Verdient hat er diese Situation reichlich.

„Drakonisch ist dieses neue Gesetz, durch welches eine Partei, welche gegen 500,000 Wähler, also gewiß gegen zwei Millionen Anhänger zählt, vom Erdboden vertilgt werden soll. Die Geschichte aller Zeiten lehrt, daß sich durch solche Gesetze Ideen und Parteien nicht wirksam bekämpfen, am wenigsten vernichten lassen. In der freien Presse und beim Versammlungrecht, welche beide zu den Grundrechten des deutschen Volkes gehören, ist für alle solche Bestrebungen zugleich das Ventil gegeben, durch welches gewalttätige Explosionen verhütet werden. Durch Verstopfung dieses Ventils ruft man die letzteren hervor. Die Annahme eines Geseztwurfes, wie der dem Bundesrath vorkliegende ist, würde in kurzer Zeit das deutsche Reich an den Rand der Revolution führen. Mindestens aber sollte kein Abgeordneter, der diesem Gesetz seine Zustimmung erteilt, noch die Stirn haben, sich zu den Liberalen zu zählen, welche Entsetze auch die Partei, der er angehört, aufgesteckt haben mag.“

„Nimmt der Reichstag dasselbe an, so steuert das deutsche Reich mit vollen Segeln im breitesten Fahrwasser der Reaction; eine Zeit der Gesinnungspolizei und Gedankinquision, die an die vormärzlichen Jahre erinnert, eine Zeit der Denunziationen, welche schon jetzt hinlänglich durch die mehr als 500 Prozesse wegen Majestätsbeleidigung illustriert wird, bricht heran. Das Doppelgesicht des Geseztwurfes, der neben dem terroristischen Redusenhaupt, das er der Sozialdemokratie zuwendet, auch die Füge eines in das alte Präventivsystem zurückfallenden Spezialpreßgesetzes trägt, macht dasselbe für die Freiheit des deutschen Geistes nur um so bedrohlicher.“

Für einen Gottschall ist das sehr viel. Unrichtig ist übrigens die Anspielung auf vormärzliche Zustände. Die vormärzliche Reaction war außerordentlich liberal verglichen mit der heutigen. Fürst Bismarck hat es glücklich fertig gebracht, das wir die Rückkehr des Metternich'schen Systems als einen Fortschritt betrachten müßten.

Ein nationalliberales Provinzialblatt, das „Börsener Tageblatt“, dessen Redaktur zu Herrn Lasker (der dort gewählt ist) in Beziehungen steht, spricht sich wie folgt aus:

„An sich ist das Gesetz nicht annehmbar, weil damit jede Meinungsverschiedenheit von der zeitweilig herrschenden in staatlich-sozialen Angelegenheiten straffällig sein würde. In früheren Jahrhunderten wurde Denunziation die Verurteilung zur Exilienz geradezu abgesprochen, die in religiösen Dingen andere Ansichten hatten, als die zeitweilig herrschenden waren. Später, bis auf die neueste Zeit, ging es den Protestanten in streng katholischen Ländern nicht viel besser. Und doch waren diese oft die bravsten und rechtschaffensten Menschen, die nichts weiter verbrochen hatten, als anderer Ansicht als die herrschende in religiösen Dingen gewesen zu sein. Heutzutage ist dies wenigstens in Deutschland anders geworden; wegen abweichender religiöser Ansichten wird Niemandem mehr die Exilienzrechtigung abgesprochen. Aber soll dafür die staatlich-soziale Verfolgung eintreten? Die mittelalterliche Barbarei würde dann nur unter anderem Namen sich geltend machen.“

„Jedoch auch der Konsequenzen wegen ist der Geseztwurf unserer Ansicht nach nicht annehmbar. Der Begriff Sozialdemokratie ist nämlich ein äußerst dehnbarer. Ein Jeder, der über staatlich-soziale Angelegenheiten nachdenkt und Reformvorschlüge zu machen sich erlaubt, selbst in der ehrenvollsten Absicht, würde Gefahr laufen, straffällig zu werden. Wie weit dies gehen kann, das haben uns die letzten Reichstagswahlen bewiesen, wo von conservativer Seite selbst die Nationalliberalen als „Reichsfeinde“ bezeichnet wurden und wir aus Lasker's eigenem Munde erfahren, daß er als Sozialdemokrat erklärt worden sei. Es dürfte demnach leicht dahin kommen, daß man gar nicht einmal Sozialdemokrat zu sein braucht, um als solcher verfolgt und bestraft zu werden.“

Sehr richtig, aber trotzdem für das Gros der Herren Nationalliberalen nicht zutreffend, weil diese überhaupt keine Pressefreiheit wollen und sich ihrer Harmlosigkeit und Servilität ja wohl bewußt sind, um glauben zu können, sie hätten Verfolgungen zu befürchten. Freilich mit dem Nationalliberalismus als politischem Faktor ist's dann auch vorbei.

Ein russisches Blatt, die gemäßig, aber auch sehr gemäßig liberaler „Petersburger Zeitung“, schreibt:

„Das Gesetz hat den Charakter einer Ausnahme-Maßregel, welche stets den ruhigen Gang des inneren Staatslebens auf's Empfindlichste stört. Es ist daher kein Wunder, daß das bloße Gerücht über das neue Gesetz die Gemüther in Deutschland ungemein erregte. Sie sehen in demselben eine außerordentliche Verstärkung der Administrativgewalt, zum Schaden der richterlichen Gewalt, und fürchten, daß die Einführung eines Tribunals gegen die Sozialdemokraten auch alle übrigen Parteien bedrohen könnte. Die außerordentliche Maßregel, zu der Fürst Bismarck seine Zuflucht nimmt, wird wohl kaum wohlthätig auf seine innere Politik wirken und seine Popularität schwer schädigen.“

(Schluß folgt.)

herrschende System, so heißt es in dem Artikel, geht davon aus, daß die praktischen seemannischen Erfahrungen, welche andere Marinen im Laufe von Jahrhunderten gemacht und deren weise und zweckmäßige Ausnutzung Schiffe und Geschwader vor Unglücksfällen bewahren, in unserer Marine vielfach als überflüssig betrachtet werden. Man will an maßgebender Stelle nicht anerkennen, daß praktische Seemannschaft die Grundlage aller Nautik ist. Man stellt statt ihrer die Theorie und das rein militärische Prinzip, deren sonstige volle Berechtigung wir jedoch willig anerkennen, in die erste Reihe, so wohl für Offiziere wie für Mannschaften, anstatt es umgekehrt zu machen, und das ist ein falsches Prinzip. Dieses unglückliche System, das zu Zeiten des Prinzen Adalbert zum großen Nutzen der Marine nicht herrschte, ist nicht nur die indirekte Ursache der Katastrophe, sondern muß, wenn es nicht verlassen wird, die Marine unfehlbar dem Ruin entgegenführen, von dem der Untergang des „Großen Kurfürsten“ und die schwere Beschädigung des „König Wilhelm“ nur der Anfang sind. —

„Die Antwort auf die Frage: „was war die direkte Ursache des Zusammenstoßes?“ lautet: „Die Leute am Ruder des „König Wilhelm“ haben im Momente der Gefahr den Kopf verloren und — wie es in den officiösen Auslassungen über diesen Punkt heißt — gegen den wiederholten Befehl des Wachoffiziers das Ruder nach der entgegengesetzten Seite, d. h. nach Backbord statt nach Steuerbord, gelegt.“ Wir haben keinerlei Ursache, diese Angaben zu bezweifeln, und nehmen sie als völlig richtig an; aber dann müssen wir unbedingt die andere Frage stellen: „Wie ist es möglich, daß sechs Seeleute, zu deren sachlichen Obliegenheiten das Steuern eines Schiffes gehört, und ebenso der mit der Aufsicht am Ruder betraute Unteroffizier sämtlich den Kopf verlieren konnten?“ Darauf giebt es nur eine Antwort: „Die Leute waren seemannisch für ihren Dienst nicht geeignet, sonst ist die Sache einfach nicht möglich.“

Den weiteren Ausführungen des Verfassers, der seinen Stoff vollständig beherrscht und dessen Kritik darum auch eine für unsere Marineverwaltung wahrhaft vernehmliche ist, können wir aus Mangel an Raum nicht folgen. Hoffentlich gelingt es, die von dem größten Theil unserer „gutgefünnten“ Presse systematisch totgeschwiegene Katastrophe im Reichstag zur Sprache zu bringen und durch unachsichtige Aufdeckung der Schäden womöglich die Wiederholung ähnlicher Massenopfer unserer braven Matrosen zu verhüten.

— Zur Kaiser-Wilhelm-Spende. Mit welchem Jubel wurde das Unternehmen auch von den „Liberalen“ begrüßt, die zu beschränkt waren, hinter dem patriotischen Auftreten des betreffenden Comités ein conservatives Wahlmänner zu wittern. Ja, die liberalen Blätter saßelten davon, daß über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland sich beteiligen würde und stellten eine Gesamtsumme von 10 Millionen Mark in Aussicht. Jetzt gestehen die Blätter bescheiden ein, daß nur etwa ein Viertel der Bevölkerung spendet hat und zwar die erbärmlich geringe Summe von 1 Million 800,000 Mark. Man sieht, daß die Reichstreue sehr in's Wanken gerathen ist. Das war übrigens nach den Vorgängen der letzten Monate nicht anders zu erwarten.

— Zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Am 2. Oktober wird in Wittenberg eine Versammlung des Provinzial-Schullehrervereins stattfinden. Ein Lehrer Wiesner will dort einen Vortrag über „Sozialismus vom Standpunkte der Pädagogik“ halten und hat zu demselben folgende Thesen aufgestellt:

A. Wesen der Sozialdemokratie: In Erwägung, daß die Sozialdemokratie 1) politische und ökonomische Gleichheit für alle Menschen fordert, welche bei der ungleichen Begabung unmöglich ist, 2) alles individuelle und ideale Streben vernichtet, mehr Genuß und weniger Arbeit verheißt, wodurch geistige Versumpfung eintreten muß, 3) Religions- und Vaterlandslösigkeit predigt, 4) Vernichtung der herrschenden und besitzenden Klassen lehrt, 5) die Herrschaft der ungebildeten Klassen anstrebt — verwirft die Pädagogik die Sozialdemokratie. B. Mittel zur Bekämpfung derselben: 1) Sorgfältige Kenntniß der Ziele und Wege der Sozialdemokratie seitens des Lehrers. 2) Strengere Erziehung der Jugend. 3) Gründlichere und gleichmäßigere Ausbildung der Jugend durch Einführung der allgemeinen Volksschule, obligatorische Fortbildungsschule in Stadt und Land und Hebung der Volksschule und deren Lehrer.

„Sorgfältige Kenntniß der Ziele und Wege der Sozialdemokratie!“ Ein Mensch, der als ein Ziel der Sozialdemokratie „die Herrschaft der ungebildeten Klassen“ hinstellt und der dann noch von sorgfältiger Kenntniß der Ziele der Sozialdemokratie zu sprechen wagt, ist entweder der vollendetste Heuchler oder der vollendetste . . . Herr Lehrer Wiesner mag wählen.

— Die Staatsanwaltschaft zu Berlin hat den Kronprinzen des deutschen Reiches unbewußt und allerdings nur indirekt zum Kaiser von Deutschland proklamirt. Die „Wage“ und die „Berliner Freie Presse“ sollen nämlich, wie allgemein gemeldet wird, ohne richterliche Entscheidung confiscirt worden sein. Dadurch hätte die Staatsanwaltschaft den § 97 des Strafgesetzbuchs (Beleidigung des Regenten oder eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses) mit dem § 95 (Kaiser- und Landesherrnbeleidigung) verwechselt. Ohne richterliche Entscheidung kann nämlich ein Blatt confiscirt werden, welches sich einer Majestätsbeleidigung schuldig macht; wegen Kronprinzenbeleidigung, auch wenn der betreffende Prinz wirklicher Regent wäre,

### Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegeetz.

(Fortsetzung.)

Die von Herrn Gottschall — Verzeihung: Herrn Hofrath von Gottschall — redigirte, ultrareichstreue und weiland ultrabismarckische „Revue“: „Unsere Zeit“ sagt in dem Septemberheft über das Ausnahmegeetz:

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Untergang des „Großen Kurfürsten“ wird von einem Fachmann im neuesten Heft der (nationalliberalen) „Deutschen Revue“ einer eingehenden Kritik unterworfen, die sich dahin zusammenfassen läßt, daß weniger das Ver schulden Einzelner, als das in unserer Marine herrschende stamme militärische System, unter welchem das seemannische Element leidet, als die eigentliche Ursache des Unglücks anzusehen sei. „Das



ist erst vor der Confiscation die richterliche Entscheidung einzuholen. Die Staatsanwaltschaft zu Berlin hätte also gut gethan, den § 23 des Preßgesetzes, in welchem die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches aufgezählt sind, nach welchen sie das Recht hat, ohne richterliche Entscheidung zu confisciren, sich genauer anzusehen. Wenn die Berliner Staatsanwaltschaft auch keinerlei Rüge ihres ungezüglichen Vorgehens wegen erhalten wird, so ist es doch keineswegs angenehm (vorausgesetzt, daß die Confiscation lediglich auf Antrag der Staatsanwaltschaft stattfand), vor dem ganzen Volke eine derartige Unwissenheit zu zeigen.

— Ein sehr einfaches Heilmittel für unsere politischen Uebelstände hat Professor Biedermann in Leipzig entdeckt. Es lautet: Uebertragung der Diktatur an den Fürsten Bismarck. Natürlich wird das nicht so direkt herausgerollt. Die grammatisch etwas bedenkliche Phrase des nationalliberalen Wunderdoktors lautet:

„Gewährung einer von dem Reichkanzler unter seiner persönlichen Verantwortung frei zu üben diktatorischen Gewalt.“

Die „persönliche Verantwortlichkeit“ ist köstlich und wird dem „Kadaverkadaver“ bestens empfohlen. Wir bringen den Biedermann'schen Vorschlag, der allen Ernstes von der „Königlichen Zeitung“ discutirt wird, lediglich zu dem Zweck, um den Bankrott der nationalliberalen Partei zu zeigen, die vollständig am Ende ihres Lateins ist.

— Das Henkerbeil scheint Herrn zu bekommen. Wie aus Polen gemeldet wird, ist die Todesstrafe, zu welcher der Raubmörder Jankowski vom dortigen Schwurgerichte wegen der, unter grauenhaften Umständen erfolgten Ermordung der Förstertochter in Sowiniec bei Wlochin verurtheilt worden war, durch den Kronprinzen in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt worden.

Ferner verlautet, daß gegen den doppelten, wo nicht dreifachen Berliner Raubmörder Thüroff gefällte Todesurtheil werde wahrscheinlich nicht vollstreckt werden, weil Thüroff die ihm zur Last gelegten Verbrechen leugne und „nach althergebrachter Praxis“ nur in Fällen, in denen ganz evident das todeswürdige Verbrechen — sei es durch bestimmte Zeugenaussagen über die That selbst oder das eigene Geständniß des Verbrechens — erwiesen worden, eine Befreiung des Todesurtheils erfolgt ist.

In Sachen Ledmann-Hödel's wurde diese „althergebrachte preussische Praxis“ allerdings nicht beobachtet, denn er ist hingerichtet worden, obgleich „die Zeugenaussagen über seine That“ nicht konklusiv waren und ein „eigenes Geständniß“ bekanntlich nicht vorlag, im Gegentheil bis zum letzten Moment die entschiedenste Verneinung der Absicht auf den Kaiser zu schießen. Aber —

### — Eine Niederlage der rothen Internationale.

Unter diesem sensationellen Titel erzählten vor etwa 5 Wochen die deutschen Bourgeoisblätter ein Nahrungsschändchen, des Inhalts, daß in Belgien zu Jemappes eine Section der Internationale durch die deutschen Agenten „bekümpft“ worden sei, fernerlich die rothe Fahne verbrannt und sich selbst unter das Präsidium eines philanthropischen Bourgeois gestellt habe. Die Sache wurde mit solcher Wichtigkeit behandelt, daß man denken mußte, ganze Arbeiter-Armeen — nicht witzige Bataillone — hätten sich von der Internationale, d. h. vom Sozialismus abgewandt und die sozialistische Bewegung in Belgien einen tödtlichen Stoß ercolten. In dem Trouble des Wahlkampfes ergaben wir, nähere Erkundigungen einzuziehen — wußten wir ja doch im Voraus, wie solche Geschichten gemacht werden. Da die Niederlage der rothen Internationale das erste mal nicht genügende Wirkung gethan hat, so läßt man sie jetzt das zweitemal durch die Presse marschiren. Eine Lüge wird bekanntlich durch Wiederholung Wahrheit — nach der Ansicht gewisser Leute. Und mit einer höchst albernem Lüge haben wir es zu thun. Zunächst handelt es sich bloß um 21, in Buchstaben: einundzwanzig Mann; ferner haben diese einundzwanzig Mann niemals der Internationale angehört. Es waren politisch ungebildete und indifferente Leute, wie es deren auch unter den Arbeitern überall leider noch viele giebt; sie traten, auf Weisung ihres Arbeitgebers, eines gewissen Drumier, der die bekannte Hungerpreiße schwang, in die aus kaum 10 Mann bestehende Jemapper Section der „Internationalen“ ein, und — majorisirten die Section. Das ist Alles; und über diese

Anderei solcher Vörm, solcher Fabel! Man sieht, mit welcher beschriebenen „Erfolgen“ in Arbeitkreisen die Herren Bourgeois sich begnügen müssen, daß die Organisation der Internationale in Belgien eine sehr mangelhafte ist, wissen unsere Leser beiläufig seit Jahren; sie wissen aber auch, daß die Arbeiterbewegung in Belgien fortwährende Fortschritte macht.

— Die russische Culturmission hat soeben eine große Beleuchtung gefunden. Eine aus Vertretern der europäischen Mächte bestehende Commission begab sich vor einiger Zeit in die Rhodope Gebirge südwestlich des Balkan, um die Ursachen der mohammedanischen Insurrection zu erforschen, welche dort seit einem halben Jahr allen Angriffen der Russen trotz. Das Resultat der Untersuchungen ist: der Aufstand wurde durch wahrhaft haarsträubende Gräueltaten der Russen hervorgerufen, durch Gräueltaten, die Alles in den Schatten stellen, was von rufinischer Seite weiland den Türken vorgeworfen ward. Und hier handelt es sich nicht um Tendenzfragen, sondern um amtlich, von unparteiischen Männern festgestellte Thatsachen, die dadurch nicht erschüttert werden können, daß die Bevollmächtigten Oesterreichs und des deutschen Reiches sich schließlichen weigerten, das (mit ihrer eigenen Hilfe zusammengestellte) den Commissionsbericht enthaltende Protokoll zu unterschreiben — ein Akt rührender „Erbfreundlichkeit“, der aber gerade nicht geeignet sein wird, das Ansehen Deutschlands und Oesterreichs im civilisirten Ausland zu heben. Wir werden in der nächsten Nr. Auszüge aus dem Commissionsbericht bringen.

— 29 088 Mark 58 Pfg. sind für die letzte Wahlbewegung bei dem Kaiser der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Genoffen Weib, eingegangen und zwar in 545 einzelnen Posten; dann von Hamburg in zwei größeren Beträgen und von Leipzig die jenen Summen, welche im „Vorwärts“ als von der Expedition empfangen fortlaufend quittirt worden sind. Auswärtige Beiträge sind in obiger Summe enthalten: Belgien 1144, Dänemark 160, London 939, Schweiz 1050 Frs. und 85 Mark 10 Pfg., Dänemark 84, Paris 262 und Amerika 3860 Mark. — Alle größeren Städte und fast sämtliche „offiziellen“ Wadtkreise haben ihre eigenen Ausgaben reichlich durch eigene Mittel gedeckt. So sind in Berlin gegen 15,000 Mark, so in Leipzig und Umgebung noch außerdem 3000 Mark, in Elbeisld Barmen ca. 6000 Mark, Altona gegen 9000 Mark, so daß im Ganzen ca. 150,000 Mark für die Wahlbewegung seitens unserer Partei aufgebracht worden sind.

— Wahlergebnisse in Berlin bei der Nachwahl am 4. September: Im ersten Wahlkreise fielen auf unsere Candidaten J. Wolf 1797 (gegen 2121 am 30. Juli), Ludwig Löwe 7465 (30. Juli 8976), Stauffenberg 1390 (30. Juli 2812), Jeschlitter 104 St. — Im zweiten Wahlkreise bekam unser Candidat Aug Baumann 7505 (30. Juli 7583), Hoffmann 14,088 (30. Juli 15 730), Strudmann 3064 (30. Juli 5020), Jeschlitter 24. Ungültig 35 St.

— Genoffe Fischer in Gdrlitz ist aus seiner Haft wieder entlassen worden.

## Correspondenzen.

Bern, 1. September. In Nr. 101 des „Vorwärts“ berichtet Genoffe Krühl über seine Erlebnisse nach der erfolgten Ausweisung aus dem Kanton Schaffhausen. Diese Ausweisung ist die Veranlassung zu meiner Correspondenz, da es Ihre Leser doch interessieren wird, wie Schweizer Arbeiter sich zu der Thatsache einer Ausweisung eines politischen Flüchtling verhalten. Am 17. August fand eine allgemeine Versammlung, einberufen von der Arbeiter-Union, hier, ab, zu welcher als Thematik „die erfolgten Reichstagswahlen in Deutschland und das Asylrecht in der Schweiz“ aufgestellt war. Genoffe Gutschmann referirte und wie seine Ausführungen über die unter so grandiosen Bedingungen errungenen Erfolge der deutschen Sozialisten den Besfall aller Anwesenden fanden, so auch die sehr scharfen Bemerkungen über die Art und Weise, wie das Asylrecht hier gehandhabt wird. Die Arbeiter-Union hatte zu diesem Punkt der Tagesordnung den Ständerath Herrn Jangger und die Herren Nat onatrathe Meuler, Schreudiger, Böjelm und Dr. Zoos eingeladen, jedoch nur der Letztere war erschienen, die andern Herren hielten es gar nicht der Mühe werth, ihr Nichterscheinen zu entschuldigen, ein Verfahren, welches wir uns gehörig ad notam nehmen werden. Herr Dr. Zoos, übrigens wohlbekannt durch seine vielfachen humanitären Bestrebungen, bemerkte nun, daß das Asylrecht für jeden politischen Flüchtling in der Schweiz gewährleistet sei, daß aber die kantonalen Behörden öfters aus Unkenntniß oder Böswilligkeit den betreffenden Personen Exilane bereiten. Uebrigens werde er darauf hinwirken, daß von Bundeswegen das Asylrecht geregelt werde, damit manchen Ausschreitungen gewisser Polizeiorgane ein Riegel vorgeschoben werde. Herr Dr. Zoos bedauerte weiter, daß der Fall Krühl gerade in dem Kanton Schaffhausen vorgekommen sei, den er im Nationalrath zu vertreten habe, und da die Einzelheiten der Ausweisung Krühl's ihm ganz unbekannt seien, wolle er sich nach Schluß der Session der Bundesversammlung sofort darüber orientiren und der Arbeiter-Union in Bern Mittheilung machen. (Bei dieser Gelegenheit eine Frage an Genoffe Krühl: Warum wandten Sie sich nicht bei dieser Ausweisungs-Affaire sofort an das Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes? Seien Sie versichert, dasselbe hätte alle Hefel, und zwar wirksam in Bewegung gesetzt.) Der Referent G. Gutschmann brachte nun folgende Resolution ein: „Die am 17. August im Biergarten stattgefundene und zahlreich besuchte Versammlung erklärt es als eine Ehrenpflicht für die Schweizer Arbeiter, das Asylrecht der Schweiz auch den sozialistischen Flüchtlingen zu sichern; sie betrachtet es, bis die Schaffhausener Behörde nicht vollständig entlastet ist, als eine Sünde, daß Herr Krühl aus Schaffhausen ausgewiesen wurde. Sie erklärt es ferner als eine bringende Aufgabe des Centralcomités des Grütlivereins und des Schweizerischen Arbeiterbundes, dahin zu wirken, daß auf eidgenössischem Wege das Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge gewährleistet und damit den Exilanten einzelner Polizeibehörden ein Riegel vorgelegt werde.“ — Ein deutscher Flüchtling verhielt sich gegen die angeblich scharfe Fassung der Resolution ablehnend, während die Schweizer Bürger, wie Fischer, Präsident des Schreinerfachvereins, Wechtold, Präsident vom Steinbauverein und Goldschmidt, Präsident der Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft, energisch für dieselbe eintraten. Die zahlreiche Versammlung sprach sich denn auch mit allen gegen eine Stimme für Annahme dieser Resolution aus. — Die Versammlung, sehr animirt, machte auf die Anwesenden den Eindruck, daß die Schweizer Arbeiter das Asylrecht, welches den sozialistischen Flüchtlingen verweigert werden soll, aufrecht erhalten zu wollen. Dem Centralcomité des Grütlivereins und dem Bundescomité des Arbeiterbundes ist diese Resolution mitgetheilt worden, und es ist zu erwarten, daß diese beiden Behörden der Schweizerischen Arbeiter-Verbindungen voll und ganz ihre Schuldigkeit thun.

Im Auftrage der Arbeiter-Union Bern:

Georg Kröber, Sekretär.

Berlin, 4. Sept. Ein Herr Dürholt sendet uns folgende Verächtigung:

„Die in der Nummer des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 4. September, unter Berlin gebrachte Notiz über den Redakteur der „Tribüne“, „Dürholt“, ist unrichtig. Der Redakteur Dürholt ist vielmehr bei der erwähnten Affaire, als er ahnungslos die Leipziger Straße in Berlin passirte, von dem betreffenden Krieger, gegen den die Untersuchung eingeleitet ist, überfallen und mißhandelt worden.“

Glauchau, 4. Sept. Die zweitägige geheime Hauptverhandlung gegen Klemich, Kraut, Franz und Schlesinger endete gegen Abend 10 Uhr und hatte folgendes Resultat: Klemich wurde zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungsanstalt verbüßt zu erachten sind. Kraut erhielt zwei Monate, welche als verbüßt galten, Franz erhielt drei Monate, von denen noch ein Monat zu verbüßen ist, Schlesinger bekam einen Monat, der durch die Untersuchungsanstalt ebenfalls schon als erledigt gilt. Sämmtliche Angeklagte wurden sofort in Freiheit gesetzt.

W. Chemnitz, 28. August. Endlich haben sich die Wogen der Bahlschlacht wieder geglättet, Ruhe ist eingetreten auf den Gefilden, auf denen noch vor wenig Tagen die Parteien im heißen Ringen um die Siegespalme getritten haben. Chemnitz, die Hochburg der Sozialisten, ist nicht mehr! so jubelten am Abend des 30. Juli unsere Feinde, „der Sozialismus hat sein

\*) Genoffe Krühl befindet sich gegenwärtig im Gefängniß zu Halberstadt. D. K. d. V.

## Zeichen und Symptome des sozialpolitischen Erwachens in Rußland.

(Von einem Russen.)

1.

Die Zustände scheinen bei uns sich radikal ändern zu wollen. Obwohl nun „Schein“ und „Sein“ nicht immer übereinstimmen, so kann man doch selbst durch den Nebel unseres vom Kriege noch mehr als gewöhnlich verwickelten Lebens schon mancher in der Zukunft durchschauen, was logisch aus den bisherigen Fällen hervorgeht. Auf den Zusammenhang der Vorfälle des letzten Winters und Frühlings, von denen einzelne in Ihrem Blatte erörtert wurden, wollen wir jetzt die Leser des „Vorwärts“ aufmerksam machen. Unserer Meinung nach sind es Zeichen und Symptome des sozialpolitischen Erwachens des russischen Volkes. Früher sah Rußland keine öffentlichen Proteste, keine Straßenversammlungen. Seit Anfang der 60er Jahre — wenn es auch starke Anregungen gab — ging es mit dem öffentlichen Leben immer bergab bis Anfang der 70er Jahre, als endlich die sozialdemokratische Propaganda, von vielen kleinen Gruppen geführt, ausbrach. Wohl fanden Ende der 60er Jahre von Zeit zu Zeit Hauskuchungen und sogar politische Prozesse statt, doch regten dieselben das gebildete Publikum und die studirende Jugend sehr wenig auf, und in die Arbeiterkreise gelangte die Aufregung gar nicht. Die politischen „Schwärmer“ jener Zeit blieben dem Volke unbekannt und hatten auch keinen Erfolg, da sie kein ausgearbeitetes Programm besaßen. Seit 1872—74 datirt die auch jetzt mehr planmäßig fortgeführte sozialistische Agitation. Der große, diesen Winter abgelaufene sozialistische Prozeß der 197 Männer und Frauen, über den Sie im „Vorwärts“ feinerzeit berichtet haben, sowie eine Menge kleinerer Prozesse im Laufe der Jahre 1875—78 zeigten der öffentlichen Meinung, daß die russische Sozialdemokratie mit ihrer Sache Ernst machte, daß sie die sozialistischen Ideen gut zu verbreiten wußte und dadurch auf das Bewußtsein der Arbeiter wirkte. Die Rede Peter Alexjew's, eines einfachen Arbeiters aus Moskau, im Frühling 1877 war eine große Ueberraschung wie für die Richter so auch für viele aus weiteren Kreisen. In dem Maße aber wie die Agitation und Propaganda mehr und mehr um sich griff, wuchs auch die Reaktion, die Ende der 60er Jahre etwas nachzulassen schien. Die Administration behandelte die Sozialisten und jede Opposition auf solch grauem Wege, daß dies für uns selbst,

die wir schon Manches in Rußland erlebt haben und an allerlei Geschwändigkeiten gewohnt waren, kaum denkbar schien. Seit Wenzoff's, der die Stelle des wahnwitzig gewordenen Potapoff's, die Leitung der russisch-politischen Inquisition, die den Namen der III. Abtheilung führt, übernahm, konnte sich das russische Völkchen-Sozialismus in Verfolgungen und Hauskuchungen in seinem vollen Glanze zeigen. Es ist wohl gut, auf geschlichem Boden gemüthlich zu kämpfen, wenn man nur nicht geistlich behandelt wird. Wenn man aber, wie in Rußland, für „vogelfrei“ erklärt wird dann muß es zu schlimmen Folgen kommen. Und es ging endlich bei uns los, und als Signal

„Fiel an der Neva einigem Strande

Blüthlich der erste Schuß.“

Dem ersten Schuß folgten noch mehrere in den verschiedenen Orten Rußlands, dann all's hat sein Maß, und die menschliche Langmuth auch! — Der Prozeß Sozialist wurde zum Wendepunkt in der russischen öffentlichen Meinung; für die Bourgeoisie und Liberale nur für kurze Zeit. Als die Freisprechung der Sozialisten verkündet wurde, brach das im Gerichtslaale sich befindende Publikum (unter denen sehr wenige Sozialisten waren) in frenetische Jubel- und Travorufe aus. Noch mehr, als in den darauf folgenden Tagen die unter russischer Censur stehenden Verhörungen mit unethischem Maße sich gegen die administrativen Despotismus aussprachen, da konnte man glauben, die oppositionelle Bourgeoisie werde einen energischen Protest gegen das herrschende System loslassen und in ernstlicher Weise eine Verfassung fordern. Doch ein paar gegen diese „tapfere“ Presse seitens der Regierung losgelassenen Prügelmaßregeln genühten, um die Ungehorsamen zum Schweigen zu bringen. Uebrigens ebenso talentlos sind die Herren Liberalen in all'r Herren Länder! — Aber trotzdem erwachte das ehle Menschengefühl in mancher Brust, und der erste offene Protest ging nicht spurlos vorbei. — Die abentheuerlichen Kriegszustände und die Unterschlagungen der Armees-Intendanten traten mehr und mehr in die Öffentlichkeit, und dadurch kamen sehr viele Gebildete zu dem Bewußtsein der Unzulänglichkeit des zarischen Systems. Mit einem Worte, der Todtswarm war und ist an der Arbeit, und der Polizeistaat wird ihm kaum Widerstand

leisten können. Bald darauf kommt die von der Regierung in Moskau inscenirte Straßengehelei gegen Studenten und Bürger, die dazu beitrug, daß alle ehrlichen Leute sich mit Abscheu von der Regierung abwendeten. Die Sozialisten indessen setzten ihre Agitation unerschrocken fort, jeden Fehler der Regierung ausbeutend. Flugblätter, Aufrufe, „Erklärungen“ wurden letzten Winter in ungeheuren Massen verbreitet. Anfang März d. J. erschien endlich ein schon lange erwartetes sozialistisches Organ unter dem bescheidenen Namen „Natschalo“ (Der Anfang), im Format der „Berliner Freien Presse“, wöchentlicher einmal erscheinend. Darüber wurde auch feinerzeit im „Vorwärts“ (Nr. 63) berichtet. Wohl ging die Regierung mit zahlreichen Hauskuchungen und Verhaftungen vor in Petersburg, Odeffa, Charkow, Kiew und allen größeren Centren, wo solche Schriften gedruckt und verbreitet worden; wohl ließ sie in mehreren großen Typographien der Residenz durchsuchen und durchstöbern; die Censur fixirte mit einer 1000 Rubelbelohnung im Falle des Entdeckens des Ursprungs des „verdammten“ sozialistischen Blattes — aber alles umsonst! Der „Anfang“ hatte schon im Mai eine Auflage von 2000 Exemplaren, die nach allen Richtungen des Czaren-Reiches, sogar nach Sibirien, verbreitet wurden. Auch der Prozeß und die Gerichtsverhandlungen der 197 wurden in Veröffentlichungen aus der geheimen Druckerei verbreitet. Uebrigens war sehr notwendig, denn der „Regierungsanzeiger“, aus dem alle russischen Zeitungen politische Sachen betreffend ihre Weisheit schöpfen, brachte nur den Anklageakt, ein höchst verworrenes und lägenhaftes Nachwerk; die Reden der Angeklagten und Vertheidiger, die unerschämten Verhandlungen verschwiegen dieses Blatt wohlweislich. Dieser Prozeß, in dem Spione als Zeugen auftraten, und wegen dessen mehrere Tausend junger Männer und Frauen jahrelang in Untersuchungshaft zu schmachten hatten, endete mit einem Fiasco für die Regierung, denn selbst der hirnlose Senat\*) mußte mehr als die Hälfte der Angeklagten frei-

\*) Zur Gründung dieses Blattes schritt man mehr als ein halbes Jahr vor dessen Veröffentlichung, doch hatte man mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, und so konnte man nur im März dieses Jahres zur Drucklegung der ersten Nummer schreiten.

\*\*) Der russische Senat hat sehr wenige Freisprechungen in politischen Prozessen aufzuweisen, da die Regierung schon im Voraus die Strafen für einen jeden politischen Angeklagten feststellt. Also die Gerichtsverhandlungen sind reine Comödie und Niemand hat irgend welche Achtung für dieselben.

\*) Unter Potapoff war Wenzoff dessen Vice-Chef und wußte sich schon auf diesem Posten durch Gemeinheiten und sein höchst corruptes Wesen sogar in seinen eigenen aristokratischen Kreisen unmöglich zu machen.



Grabgelächte klingen hören", sehten sie hinzu. Wir waren jedoch nicht gewillt, uns so ohne Weiteres zu den Toten zu legen, sondern wir warfen uns nur um so erbitterter auf den Feind, allüberall da, wo wir uns in engerem Kampfe mit ihm messen mußten. Unsere hiesigen „Reichstreuer", die mit dem Aufwand aller Kräfte, die Hungerpeitsche in der einen, den Schein auf „Arbeit und Brod" in der andern Hand gegen uns ins Feld zogen, sind Sieger geblieben im 16. Wahlkreis. Doch der Lohn für die von uns abtrünnig gewordenen Arbeiter bleibt nicht aus. Es sind schon viele, die den Ergreiffen der Bopel gewählt haben, aus der Arbeit entlassen worden. In Proklamationen, riesigen Plakaten und mündlich gegebenen Versprechungen sicherten die Popelner dem Arbeiter „Arbeit und Brod" zu, wenn sie Bopel wählten, und des Teufels Dank ist vielen geworden, die es gethan haben. Wäre Rost im Wahlkampfe Sieger geblieben, so hätten viele am Rande des Bankrotts stehende Fabrikanten den Mantel des „Patriotismus" umgehungen und höhnend gerufen: „Laßt Euch von Rost Arbeit geben." Nun folgen trotzdem Entlassungen, und dieselben werden in nächster Zeit in größerem Maßstabe eintreten, der Lohn für die Sieger wird nicht ausbleiben. Wir sind in Chemnitz thatsächlich durch die Arbeiter besiegt worden. Gegen 3000 Arbeiter, die früher mit uns gestimmt haben, wählten diesmal Bopel, und auf unseren Vorhalt, daß sie es gezwungen gethan haben, weil ihnen mit Entlohnung droht wurde (und in einer Stadt, wo Tausende arbeitslos sind, besagt dies viel), da erklärten sie in den öffentlichen Blättern, sie hätten es „freiwillig" gethan. Arbeiter, die zu unserer Wahlfond Geldbeiträge beigetragen haben, gaben am Wahltag Bopel ihre Stimme, um ihre Stellung nicht zu verlieren. Unsere Stimmenzahl, ca. 10.000, danken wir zum Theil dem unabhängigen Bürgerthum. Unter denselben Umständen, wie der 16. Wahlkreis am 30. Juli d. J., ist im Januar v. J. der 15. Wahlkreis verloren gegangen. Wir haben ihn am 16. August wiedergewonnen, weil die Arbeiter einsehen, daß sie die Betroffenen waren; statt des versprochenen Brodes hat man ihnen Steine gegeben, und diese lagen ihnen schwer genug im Magen. So wird es auch bei uns kommen; wenn unsere Arbeiter den Dank der Fabrikanten kennen gelernt haben, so werden sie bei der nächsten Wahl ihnen sicher keine Liebesdienste mehr erzeigen. Durch die Wiedereroberung des 9. und 15. Wahlkreises und die Erstürmung des 20. Wahlkreises haben wir jedoch die Scharte von Chemnitz wieder ausgeweht. Unsere Kornblumenritter, die in Schaaren in die Nachbarwahlkreise zogen und, im Gefühl der Unüberwindlichkeit, sich möglichst breit machten, mußten jämmerlich geschlagen heimwärts ziehen. Für ihre Dreistigkeit, unsere Versammlungen zu sprengen, erhielten sie im 15. Wahlkreise nicht bloß moralische, sondern auch wirkliche, gutgezielte und, wie die Folge lehrte, sehr heilsame Prügel. Darob natürlich großes Geschrei in Israel, begleitet von dem Hohn- und Gelächter aller ehrlichen Leute. Geradezu erstaunlich ist es zu nennen, daß in den Orten der neugewonnenen Wahlkreise, wo unsere Gegner am tollsten wütheten, wir eine größere Stimmenzahl, als dies sonst der Fall war, erzielten. In den letzten Tagen vor der Wahl im 9. und 15. Wahlkreise entfaltete sich daselbst ein reges Leben. Siebenzig Dresdner Parteigenossen marschirten, sowie die Wahl im 9. Wahlkreise vorüber war, in den 15. Wahlkreis, um dort die Genossen zu unterstützen. Angeregt zu reger Thätigkeit wurden sie durch die Siegesbotschaften, die aus Dresden, Bismarck, Berlin und Barmen-Eberfeld einströmten, und ihr Feuerer wurde auch belohnt. Die Zahl der Versammlungen kann ich, da sie mir nicht genau bekannt sind, nicht angeben. Als Redner wirkten Hasenclever, Goldstein, Schuster, Lausche, Hörig, Liedknicht, Kauer, Rotteler, Wiemer, Werner u. A. Die Redner der Gegner alle aufzuführen, lohnt sich wohl nicht, denn es waren oft große Stämper darunter, und einem unserer Agitatoren trat oft ein ganzer Schwarm reichstreuer Maulhelden entgegen. Daß wir mit Allen fertig wurden, hat der Ausgang der Versammlungen und der Wahl überhaupt bewiesen.

**Klingenthal** i. S., 22. August. Die „Gartenlaube" hat feinerger das Vogtland als ein reiches, industrielles Ländchen geschildert, was in Bezug auf Letzteres seine Richtigkeit hat, jedoch mit dem „reich" hat es so sein Bewenden — es sind eben Einzelne reich, während die ungeheure Mehrzahl des arbeitenden Volkes Nichts hat. Jetzt zumal liegt die Industrie auch darnieder und es werden wahre Hungerlöhne gezahlt. Bei der Weigenfabrikation bekommt z. B. ein Arbeiter (Meister) für ein Duzend ordinärer Weigen (für und fertig) fünfzehn Mark. Da

sprechen. Und dieser barbarische Prozeß ging von Statten zur selben Zeit, als die Regierung mit der Befreiung der Balkan-Slaven beschäftigt war. Die Intelligenz und die Bourgeoisie sogar, dessen Kinder, Brüder und Schwestern in den Kasernen schmachten, sah immer feindlicher dies herrschende System an, und die demokratische Strömung gewann mehr Sympathie. Dies alles bereitete wohl die einige Monate später erfolgte Freisprechung der Wjera Saffulisch durch Geschworene aus derselben Klasse vor, die mit den Schurkenstreichen der Regierung bekannt war und auf die durch Flugchriften eingewirkt worden war. Wie die Freisprechung erfolgte und was darauf folgte — das wissen schon die Leser des „Vorwärts" (S. d. Nr. 48, 50, 63 u. a. d. S.).

Mit der Agitation ging man immer vorwärts; Studenten- und Arbeiterversammlungen wurden im Hofe der Medicinischen Akademie und in Privatlokalen abgehalten; Petitionen an den Minister Palen und Proklamation der studirenden Jugend an „alle ehrlichen Leute" wurden erlassen. Es entstand sogar eine eigene Art von Journalen, sogenannte „Gefängniß-Revue" — ein großes Heft aus Gedichten, Erinnerungen und Erzählungen bestehend, die von den Inhaftirten geschrieben und durch ihre Freunde ins Publikum gesetzt wurden, ohne daß die Administration etwas dagegen ausrichten konnte. An mehreren Orten kam die Aufregung zum Vorschein, so daß in Oefsa der freigelegene Student Phomischew (wegen Propaganda unter den in Oefsa garnisonirenden Soldaten angeklagt, „Vorwärts" Nr. 40) durch die Straßen auf den Händen getragen wurde. Die Fluth stieg immer höher. Es mußte weiter ausbrechen . . . und es brach aus.

— Kornblume. Auf den Sedanfesten hat die Kornblume in den ordensähnlichen Knopflochern zahlreicher „reichstreuer" Individuen gesteckt, ebenso wie bei der Wahlbewegung in den Knopflochern der „reichstreuer" Versammlungsprenger. An und für sich ist es wohl ganz gleichgültig, welches Abzeichen diese Herren bei ihren Thaten und bei ihren Wahlen wählen. Aber eine bessere Wahl als die Kornblume konnten sie nimmer treffen. Das Weichen ist allzubezweifelnd, die Rose besitz zarten Duft und die Blüte ist erst und still — die Kornblume aber prangt in schillernden Kleide als Unkraut, ohne Wohlgeruch, ohne jeglichen Nutzen, lediglich den nahrhaften Roggen und den kostbaren Weigen unterdrückend, auf den Kornfeldern. Von

kommt nun noch dazu, daß der Arbeiter sämmtliches Material vom Händler aufs theuerste beziehen muß. Wer in einer größeren Stadt Gelegenheit hatte, die Preise der Weigen kennen zu lernen, der wird nun wissen, wer den eigentlichen Verdienst davonträgt. Nun kommt aber beim Lohnauszahlen noch hinzu, daß viele Fabrikanten zugleich Kaufleute sind und ihre Arbeiter mit Waaren statt Geld auszahlen\*. Daß die Waaren auch danach eingerichtet sind, kann sich Jeder leicht denken. So ist es schon vorgekommen, daß z. B. ein Laib Brod beim Fabrikanten dem Arbeiter 8 Pf. theurer angerechnet wurde u. s. f. Auf diese Art ist das Vogtland ein reiches Land geworden — Tausende haben Nichts und Einzelne haben Alles. Daher läßt es sich auch erklären, wenn hier der Sozialismus so leicht Boden gefunden hat. Trotz der allergrößten Wahlbeeinflussungen sind dennoch für den Sozialisten über 4000 Stimmen abgegeben worden. Diese Stimmen repräsentiren aber richtige, überzeugte Sozialisten und sind kein Stimmvieh, wie von unseren Gegnern behauptet wird, denn wer bei der letzten Wahl den Muth hatte, Farbe zu bekennen, der gehört uns für immer.

**Volkmarisdorf** bei Leipzig, 2. September. Unser bekannter Parteigenosse Bogenitz erlährt einen trefflichen Ausruf an die sozialistischen Wähler der folgendermaßen lautet:

„Arbeiter! Die Wahlen zum deutschen Reichstag sind vorüber. Trotz der gemeinsten Lügen, Verdächtigungen und Verdrehungen ist es den Arbeitern gelungen, 9 Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag zu bringen. Unter den verloren gegangenen Wahlkreisen befindet sich auch der 13. sächsische (Leipzig-Land). Nicht, daß die Arbeiter lässiger in der Agitation, lässiger im Sammeln von Geldern für die Wahl gewesen wären — im Gegentheil, noch nie haben die Arbeiter des 13. Wahlkreises so viele Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt, so viele materielle Opfer gebracht. Der Grund der Niederlage ist lediglich in der gemeinen Kampfweise der Gegner zu suchen, welche theilweise unsere Versammlungen sprengten, theils die Wirthe in der W. se beeinträchtigten, daß sie uns ihre Säle zur Abhaltung von Versammlungen verweigerten. So war es uns unmöglich, auf dem Lande, bei den Bauern, zu wirken. Aber daß nicht all-in. Der Verleger des „Leipziger Dorfzeitungs", des gelehrten Blattes im Kreise, Herr G. Rährten, verweigerte die Aufnahme unserer Inserate und Wahlaufträge in oben genanntes Blatt, während es seine Spalten den Gegnern öffnete, welche denn auch in Lügen und Verdrehungen das Möglichste leisteten.

Das Höchste was jedoch in dieser Beziehung von diesem Blatt geleistet wurde, war unstreitig das „Eingeladnt" eines Dr. Friedrich-Friedrich, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, die sozialistisch gesinnten Arbeiter zu entlassen, sie ihrer Bestimmung wegen auf das Straßenpflaster zu werfen, sie brodlos zu machen. Es heißt in demselben, nachdem vorerst der Verfasser natürlich die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich gemacht, unter Anderem:

Mit vollem Rechte hat der deutsche Reichstag das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetz (erstes Ausnahmengesetz) abgelehnt, weil dieses Gesetz nicht geeignet war, das Uebel zu vernichten und weil es in der Ausführung auch gegen Unschuldige angewandt werden konnte. Ist mögen die deutschen Bürger — und die Reichstagsabgeordneten waren ja nur ihre Vertreter — beweisen, daß sie mit dem Zwecke jenes Gesetzes nicht einverstanden sind und dasselbe nur für eine unzureichende und verkehrte Maßregel dachten. Jeder Bürger muß jetzt selbst, natürlich nur auf dem Wege des Gesetzes, den Kampf gegen die Sozialdemokratie in die Hand nehmen. Diese Lehre fällt, wenn den Vertretern und Anhängern derselben der Boden der Exstanz in Deutschland entzogen wird. Dieses geschieht, wenn kein Meister, kein Fabrikant, kein Bürger einen Mann, der zu den Sozialdemokraten gehört, in Arbeit nimmt und ihm Verdienst giebt. Es ist dies eine harte Maßregel, allein sie ist nothwendig. Sie ist vollständig geschildert, deshalb muß sich jeder patriotisch Gesinnte zu diesem Schritte entschließen. Pässigkeit und Gleichgültigkeit machen in dieser Beziehung zum Mitschuldigen der Sozialdemokratie, weil sie dieselbe materiell unterstützen."

Dieser Aufforderung ist man denn auch hier und noch viel mehr in andern Wahlkreisen nachgekommen. In verschiedenen

\*) Also das nach dem Gewerbegesetz verbotene „Trucksystem".  
N. d. „S."

Kindern bejubelt und zu Kränzen gewunden, vom ersten Landmann verflucht, wuchert das blaue Unkraut in zahllosen Massen in ganz Deutschland. Selbst berufene Kinderchirurgen, wie Ludwig Herbst, führt in eigenthümlicher Weise den Kindern die Kornblume und ihre Verwandten vor: „So zahlreich auch diese Pflanzenfamilie ist, doch wählt ich auch kein Stied daraus zu nennen, welches für das Leben des Menschen eine hervorragende Bedeutung hätte." — Wenn nun die „reichstreuen Männer" in ganz Deutschland ihre freie Zeit, die sie sonst meist mit allerlei Unfl. todtschlagen, in vernünftiger Weise benutzen wollen, so mögen sie allsommerlich auf die Felder ziehen und die Kornblumen, das wuchernde Unkraut, austreiben; sie erhalten dann zugleich eine „Knobloch"-Pflanze, die ihnen selbst in ihrer Bedeutung gleich und schaffen für die Landwirtschaft doch einigen Nutzen. — Also frisch auf zum nächsten Sommer, ihr Knobloch- und Kornblumenritter!

— Wozu deutsche Soldaten gut sind. „Es sollte kürzlich bei der Vermählung der Prinzessin von Preußen im Neuen Palais zu Potsdam der schon lange nicht in Gebrauch gewesene Raschelhaal auf seine Tragfähigkeit geprüft werden. Man versammelte zu diesem Zwecke einige Duzend Potsdamer Gardisten, ließ sie zwei und zwei antreten und commandirte: „Ganzes Bataillon tanzen!" Die tapferen Söhne des Mars waren zwar ansänglich ob dieser neuesten Übung sehr erstaunt, lösten aber schließlich mit gewohnter Bravour auch diese Aufgabe. Nach Aufführung einiger Tänze überzeugte man sich, daß der Saal tragfähig sei und commandirte „Halt!" Reuchend stellten sich die gehorsamen Truppen auf und zogen von dannen." — So erzählten „liberale" Blätter den Vorfall. Stürzte der Saal bei der Probe ein, dann brächen nur einige brave deutsche Soldaten Hals und Weine — was liegt daran? Probt man erst nicht, sondern feierte und tanzte ohne Probe und es stürzte der Saal dann ein, dann brächen andere Personen Hals und Weine, um dies zu vermeiden, mußten deutsche Soldaten „probetanzen". Da ist der so viel berufene „Fackeltanz" der Minister in Kniehosen — und wenn die Weine noch so dürr sind — doch viel gemüthlicher.

— „Mit Pulver und Blei". Ein blutdürstiger Wütherich treibt im Heulstille der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sein mörderisches Wesen. In der Nummer vom 4. September (geschrieben am 3. September im Sedan-Kayenhammer) hat derselbe

Dörfern unseres Kreises, hauptsächlich den reinen Bauernbörsen, wurden die ländlichen Arbeiter und Knechte direkt von dem Inspektor oder Quasibesitzer zur Wahlurne geführt und ihnen vor dem Wahllokal der Diege'sche Stimmzettel eingehändigt. — Jeder von Euch weiß, was dies zu bedeuten hat, was demjenigen bevorsteht, der es gewagt hätte, anders zu stimmen, als es dem Herrn beliebte. Nach dem Friedrich'schen Recept der Hunger.

Das waren die Mittel, mit welchen die Wahl gemacht, mit welchen „gesteuert" wurde. Das war keine freie Wahl, es war eine gezwungene. Sind die Arbeiter auch unterlegen, so sind sie mit Ehren unterlegen, während unsere Gegner keine Ursache haben, sich ihres mit solchen Mitteln errungenen Sieges zu rühmen.

Auch in unserm Ort, welcher stets und auch diesmal wieder die meisten Stimmen für den Candidaten der Arbeiterpartei abgab, hatte sich ein Comité der Gegner gebildet, welches folgenden Ausruf im „Dorfzeitungs" erließ:

„Wähler von Volkmarisdorf! Das unterzeichnete Ortswahlcomité bittet alle Freunde der Ordnung, am Wahltag, den 30. Juli c., ihre Pflicht nicht zu veräumen, sondern Mann an Mann an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme dem Candidaten der vereinigten Ordnungsparteien, Hrn. Rittergutbesitzer J. G. Diebe in Pomßen zu geben. Jeder Säumige würde sich die Schuld beizumessen haben, wenn der hiesige Ort abermal von einem Candidaten der Umsturzpartei im Reichstage vertreten würde.  
Volkmarisdorf, den 25. Juli 1878.

Das Ortswahlcomité.  
Folgen ca. 90 Unterschriften, von denen 4, laut öffentlicher Erklärung der Betreffenden ohne Wissen und Willen derselben unter den Ausruf gesetzt, demnach, wie in einer Note bemerkt wird, gefälscht wurden. Dann heißt es weiter:

Die Arbeiter von Volkmarisdorf haben am 30. Juli die richtige Antwort gegeben. 976 Stimmen fielen auf den Candidaten der Arbeiterpartei, 344 auf den Conservativen. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie nicht gefonnen sind, noch länger das „Stimmvieh" für ihre Gegner abzugeben, sondern ihr Geschick und die Verbesserung ihrer Lage selbst in die Hand zu nehmen.

Aber es genügt nicht, daß die Arbeiter bloß bei den Wahlen zusammenhalten, es ist nothwendig, daß sie auch außerdem fest zusammenstehen, daß sie gleich den Gegnern auch diesen „den Boden der Exstanz entziehen", indem sie nur bei denjenigen Händlern u. kaufen, welche ihnen nicht bei der letzten Wahl feindlich gegenübergetreten sind. Wie du mir, so ich dir!

„Arbeiter von Volkmarisdorf! Unser Genosse Dohne ist seiner Bestimmung wegen bereits gemahregelt worden; vielen Andern ist es ebenso ergangen. Angesichts dessen müssen auch wir Selbsthilfe üben, uns unserer Haut wehren. Mögen die Gegner darob zeteren und schimpfen: sie haben diesen Kampf selbst heraufbeschworen. Sie haben jenes freckhafte Spiel begonnen, indem sie die Brandfaul des Klassenhasses in den politischen Kampf schleuderten und die Arbeiterpartei aufs Niederträchtigste beschimpften und verkleumdeten. Wer den Anfang gemacht — es war die „Ordnungspartei" — mag nun auch die Folgen tragen. Für uns gilt es jetzt mehr als je, zusammenzuhalten und die Freunde der Arbeiterfrage, die sich als unsere Brüder bewiesen haben, zu unterstützen. Deshalb laufe man bei den Arbeiterfreunden und nicht bei den Arbeiterfeinden."

**Arnstadt**, 17. August. Die Reaktion hat bei uns gequält. Einen Sieg hat sie erfochten, der uns leider die Schamröthe in's Gesicht steigen ließ, wollten wir uns eines solchen Sieges erfreuen. Alle Hebel und Werkzeuge hat sie in Bewegung gesetzt und natürlich auf dem Lande noch ganz erfolgreich operirt. Ist dies aber eine freie, geheime und directe Wahl, wenn sie von Ortschulzen, Förstern, Geistlichen, Lehrern, Gendarmen u. s. w. gemacht wird? Das Resultat konnte man voraussehen. Auch wir wurden in die Wahlbewegung förmlich hineingetrieben, trotzdem unser Kreis, nach Gutachten des Centralwahlcomité in Hamburg, zu den „nichtsozialistischen" Kreisen gehörte. Wir widmeten uns nach Kräften der Agitation im Gotha'schen Wahlkreise und sind daselbst theilweise auf hartem Widerstand gestoßen. — Für unsere Gegner war die Unzeit von unserer Seite betreffs unseres Wahlkreises geradezu peinlich und leisteten dieselben bei der Sozialistenhege ganz Vorzügliches. Wir stehen Alles über

z. B. „unter dem Strich" zwischen die sonst höchst harmlosen literarischen Notizen folgendes hübsche Torpedo'schen praktizirt:

„Die kleine Groschüre: „Die Arbeiterfrage. Ein Wort zur sozialen Bewegung der Gegenwart von Dr. Friedrich Merckmann" (Leipzig, Böhme), ist ein Abdruck eines schon vor einiger Zeit in der Wissenschaftlichen Beilage der „Leipziger Zeitung" veröffentlichten Aufsatzes, beleuchtet ihr Thema vom christlich-ethischen Standpunkte aus und erblickt in einer von christlichem Geiste durchdrungenen Bestimmung die einzig wirkliche Macht gegen den Sozialismus. Dem gegenüber vermögen wir die Befürchtung nicht zu unterdrücken, daß die „soziale Frage" sich in Deutschland bereits derartig verschärft und zugespielt hat, daß sie durch Kampfer und Roßhals nicht mehr geheilt, sondern nur noch durch Pulver und Blei gelöst werden kann."

Bravo! Ein Glück nur, daß die Nürnberger Keinen hängen, den sie nicht haben, und die Biedermänner keinen todtschießen, der sich ihnen nicht vor die Finte stellt, ganz abgesehen davon, daß die Biedermänner auch dann nicht die Courage hätten, eine Finte loszubrüden; sie könnte ja rückwärts schießen, was namentlich bei Hinterladern sehr zu befürchten ist.

#### Zur Sedanfeier.

Dampf lärm es in den Gassen,  
Es wälzen sich die Massen  
Als wie ein wogend Meer.  
Und bunte Fahnen flattern,  
Kadeten prähen und knattern  
Und Jubel rings umher.

Ein Schlachttag wird gefeiert,  
Erinnerung erneuert  
An ruhmgekrönten Sieg. —  
Doch hoch, dort aus der Kammer,  
Tobt eines Weibes Jammer:  
Den Gatten raubt der Krieg.

Das Bild des einzig Einem  
Betrachtend muß sie weinen.  
Es weint mit ihr der Knab'. —  
Schweig! Wahnwitzige Menge!  
Erbsen Trankstängel!  
Denn Tausend' drückt das Grab. . . .



und ergeben und hielten uns in noch tieferes Schweigen, welches schließlich Anlaß zu seltsamen Gerüchten gab, u. A. sagte man, die Sozialdemokraten könnten sich in keinem Lokal mehr aufhalten, sie müßten sich im Freien versammeln u. s. w., und schließlich hatte die Polizei schon eine solche Versammlung auseinandergeprengt. Diese und noch ganz andere Dunkelgeschichten erzählte man sich von den Sozialdemokraten, bis wir endlich am Mittwoch, den 24. Juli, durch die gemeine und rohe Schreibweise unserer Gegner herausgefordert, das tiefe Schweigen brachen und mit der Veröffentlichung unseres Wahlaufsatzes den Reigen eröffneten. Derselbe wurde im hiesigen „Nachrichten- und Intelligenzblatt“ die Aufnahme verweigert. Der Redakteur genannten Blattes glaubte durch diese Verweigerung der sozialdemokratischen Wahlbewegung den Todesstoß zu geben, da hatte sich der gute Mann aber sehr verrechnet. Unser Wahlaufsatz wurde gedruckt und zwar erschien derselbe in der Freitagnummer der „Thür. Volkszeitung“ und speziell für uns in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Binnen zwei Feierabendstunden war Arnstadt damit belegt und somit unseren Gegnern ein Schnippen geschlagen. Wir hätten an keine Wahlagitation gedacht, hätte man sich nicht gegnerischerseits geäußert, wir würden den Kohl nicht mehr fett machen, oder hätten nicht den Muth, an die Öffentlichkeit zu treten; da war es denn an der Zeit, den Leuten zu zeigen, daß es uns an Muth, unsere Interessen zu verteidigen, nicht fehlt. Natürlich, zu einer durchgreifenden Agitation auf dem Lande war die Zeit zu gemessen, und hätte uns überhaupt unter den jetzigen Verhältnissen wenig genügt. Die besseren Orte, wo wir auf Stimmen rechnen konnten, wurden von uns mit Wahlzettel belegt und in verschiedenen dieser Orte haben unsere Parteigenossen einen schmerzlichen Stand gehabt, denn die Herren Ortsvorsteher hatten ihre Polizisten gut abgerichtet. Natürlich mußten unsere Genossen der Gewalt weichen, wenn sie nicht halb todt geschlagen sein wollten. Einer der Tapfersten betraf dieser Bravourstücken war der Landrichter in Gschwend, einem Orte, der bei den früheren Wahlen die sozialistische Majorität hatte. Derselbe gab seinem Gemeinde-diener und dessen Complicen so viel Recht, daß dieselben zwei unserer Genossen förmlich aus dem Dorfe stießen, ohne daß man unsererseits etwas machen konnte. Einer dieser Helden hat die Erinnerungsmedaille von 1870 — 71 getragen. — Wir könnten noch verschiedene solcher Stücken unseres „Ordnungsübels“ anführen, jedoch kennzeichnet dieser Fall schon genügend die Kampfweise unserer Gegner. An Maßregelungen haben es unsere Arb. u. Gew. auch nicht fehlen lassen, die glücklicherweise nicht von so durchgreifender Natur waren, daß sie den betreffenden Parteigenossen hätten wesentlich viel schaden können. Einigen unserer Genossen wurde mit Entlassung gedroht, falls sie sich ferner öffentlich an der Agitation betheiligten; es blieb natürlich bei der Drohung, trotzdem unsere Genossen nach wie vor öffentlich thätig waren. Der Wahltag kam; mit den besten Hoffnungen ging Jeder von uns an seinen Posten, erwartungsvoll, wie und auf welche Weise der für uns so sehr wichtige Tag enden würde. Leider haben uns unsere Erwartungen getäuscht, die 1397 im vorigen Jahre in unserem Wahlkreise abgegebenen sozialistischen Stimmen haben sich auf 186 reduziert, und davon hat Arnstadt 155 Stimmen, während es im vorigen Jahre 497 auf unsern Candidaten Wilhelm Bod vereinigete. Darüber natürlich großer Jubel im liberalen Lager. Das hiesige „Nachrichten- und Intelligenzblatt“ versteigt sich sogar zu der Aeußerung, daß nun endlich einmal der Arbeiter zu einer anderen Ansicht gekommen sei, und die verwerflichen Ideen der Sozialdemokratie einer gelunden Anschauungsweise Platz gemacht haben. Was nun die „gesunde Anschauungsweise“ betrifft, diese wollen wir dem Redakteur genannten Blattes angelegentlich empfehlen. Wir aber behaupten mit Bestimmtheit, daß von den 516 Stimmberechtigten in Arnstadt, die sich am 30. Juli der Wahl enthielten, zwei Dritteltheile der sozialistischen Wählerchaft angehören, die meistens aus Furcht vor Entlassung nicht wählten. So wie hier, ist es auch in anderen Städten und Ortschaften der Fall gewesen. Im Arnstädter Stadt- und Landbezirk enthielt sich allein 1120 Wahlberechtigte der Abstimmlung. Ueber dieselben haben sonach unsere „ehrensüchtigen“ Gegner keine Gewalt gehabt und sie zu einer Wahl bewegen können, die ihrer Ueberzeugung zuwider gewesen wäre. Nur gemacht, Ihr Herren! Wir treten vom Kampfplatze noch nicht zurück, wir arbeiten ruhig weiter, bis die Furcht vor unseren Peinigern einer wirklich ruhigen und gesunden Anschauungsweise betreffs der Bestrebungen der Sozialdemokratie Platz gemacht hat.

Ueberhaupt darf die liberale Partei nicht frohlocken, denn auch sie steht sich im Nachtheil, wenn sie nicht von der Regierung unterstützt wird, wie es hier bei der letzten Wahl der Fall war. Man beklagt sich seitens dieser Partei über viele Wahlbeeinflussungen und hat dieselbe auch bereits Protest gegen die Wahl des konservativen Landraths Reinhardt erhoben. Gerade ebenso, wie man es jetzt mit Euch, Ihr Herren Liberalen, gemacht, so habt Ihr es voriges Jahr mit uns gemacht. Ja, das war ganz was Anderes, Bauer, das waret Ihr und jetzt sind wir's.

Frankfurt a. M., 30. August. Dem „Frankfurter Journal“ wird aus Offenbach, 28. August, geschrieben: „Zur Abwehr gegen eine Aeußerung des Hofpredigers Stöcker, des bekannten Führers der christlich-sozialen Arbeiterpartei in Berlin, geht uns von hier von geschäpfter Hand folgende interessante Mittheilung zu: Nach dem Referate in Ihrer Nr. 237 über die am 23. d. in Berlin stattgehabte Versammlung der christlich-sozialen Arbeiterpartei hat Hofprediger Stöcker in derselben betreffs des Redakteurs der eingegangenen „Volksmacht“, Löschmann, zu seiner Entschuldigung behauptet, es sei der Mann ihm von einem süddeutschen Dekan „als treu und zuverlässig“ empfohlen worden. Dem gegenüber dürfte es geboten sein, dem Gedächtniß des hochwürdigen Herrn zu Hilfe zu kommen und ihn daran zu erinnern, daß in dem fraglichen Schreiben jenes Dekans die Worte enthalten sind: „Sem (Löschmann's) Leben ist nicht makellos. Er hat ihm anvertraute Mündelgelder angegriffen und diesen Fehltritt mit Gefängnißstrafe verbüßen müssen.“ — Das heißt doch nichts weniger als treu und zuverlässig!!

Was wohl der arme Stöcker „in tausend Aengsten“ zu dieser allerdings „interessanten“ Mittheilung sagen wird? Der fromme Herr Pastor erscheint ja da in einem höchst zweifelhaften Lichte! Doch, es war halt auch nur ein „Fehltritt“, wenn freilich auch ein etwas großer!

Siedesheim, 30. Aug. Bei der heutigen Verhandlung beim kleinen Senat der hiesigen Strafkammer wurden 7 Mann wegen Spielens in verbotener Lotterie (der Tombola-Loose) zu je drei Mark oder ein Tag Haft verurtheilt. Der Vertreter der Loose, C. Hüder, erhielt für die 12 verkauften Loose incl. des von ihm gespielten 36 Mark Strafe resp. 6 Tage Haft. Außerdem wurde auf Tragung der Kosten erkannt.

Heidelberg, 3. September. Wenn ich auf den in Nr. 80 enthaltenen Artikel von hier, welcher speziell an meine Adresse gerichtet war, heute erst antworte, so geschieht es, weil ich dieser Tage erst auf diesen Artikel aufmerksam gemacht wurde. So

sehr ich nun aber trotz allem inzwischen Vorgefallenen fest an der Ueberzeugung halte, die ich voriges Jahr in meiner kleinen Broschüre: „Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie“ rückhaltlos ausgesprochen für meine Pflicht hielt, und so sehr ich deswegen ebenso rückhaltlos auf Seiten Derjenigen stehe, welche das neueste Vorgehen sowohl der Regierung als einzelner Arbeitgeber aufs Entschiedenste verurtheilen, so sehr bedauere ich, konstatiren zu müssen, daß nach eingezogener genauer Erkundigung der Thatbestand ein etwas anderer ist, als er in jenem Artikel dargestellt wurde. Der bejahrte Vorsitzende der hiesigen freien Gemeinde — wenn man überhaupt den aus 6—10 Personen bestehenden Rest der früheren noch eine „Gemeinde“ nennen kann — ist freilich persönlich den sozialdemokratischen Bestrebungen allerdings nicht sehr hold; aus bloßer Antipathie gegen dieselben hat er aber noch niemals, und auch jetzt nicht, wie er mich versicherte, einen seiner Arbeiter entlassen. Beweis dafür ist, daß nach derjenigen Entlassung, von welcher in dem betreffenden Artikel die Rede ist, heute noch ein der sozialdemokratischen Partei Angehöriger bei ihm arbeitet, und er nicht daran denkt, bloß wegen dieser seiner Parteistellung demselben zu kündigen.

Carl Scholl.  
NB. Ich ersuche die Blätter, welche den betreffenden Artikel von Heidelberg gebracht haben, auch diese Berichtigung aufzunehmen.

**Briefkasten**  
der Redaktion. R. H. Mannheim: Der betreffende Fall fällt nicht unter das Haftpflichtgesetz. Wenn also auf dem einfachen Wege der Privatentschädigungsklage — und darüber können wir kein Urtheil abgeben — nichts zu machen ist, so steht es schlimm um den Verletzten.

der Expedition. Ed. Echnr Wien: Ihre Geldsendung ist in Nr. 85 quittirt. — G. H. Jütten: Der Gesandte hat das Recht für Aufnahme des Protokolls bei der Anmeldung des Austritts aus der Kirche 1 Mk. zu verlangen, ebenso 1 Mk. für Ausstellung des Austrittsattestes. Als Dissident können Sie keine Kirchenämter bekleiden, sind aber auch von der Kirchensteuer frei, wie Sie auch als Dissident für das Begräbniß Ihres Kindes an einen Geistlichen oder Kirchenvorstand, der damit nicht das Geringste zu thun hat, keine Zahlung zu leisten haben. — F. Pärn Hamburg: Heft 11 der Zukunftsmedizin wird demnächst erscheinen.

Leistung. St. u. R. hier Ann. 6,00, Fisch Wurzeln Ab. 20,00, Mär. Reichenbach Schr. 15,00, Lsg. Hannover Ann. 1,20, Hr. Bern Ab. 3,34, Sbl. Dortmund Ab. 18,60, Gls. Nockfeld Ab. 16,60, Glt. Str. Schr. 1,77, Zimmern Herfeld Ab. 1,00, Ws. Christoffgrund Ab. 28,19, Inf. L. den Schr. 10,00, Hngl. Nordhausen Ab. 10,96, Albg. Gillingen Ab. 16,00, Simmer Regensburg Ab. 13,00, Brg. Jsch Schr. 37,00, Bhr. Oshenfurth Ab. 1,85, Brr. Edmuth Ab. 3,00, Hrrch. Hof Ab. 6,70, Mär. Berden Ab. 13,95.

**Unterstützungsfonds.**  
Von R. R. Mainz 1,00, Bll. Dresden 3,00.

**Hannover u. Linden.** Den Parteigenossen u. Freunden des Herbst- und Winterstollager zur Anfertigung von Herrenkleidern. Für pünktliche und reelle Bedienung garantiert (36) 1, 0) G. Rudolph, Mittelstr. 11/12.

**Allgem. deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin**  
(Eingetragene Genossenschaft).

In der am 25. August d. J. stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung wurden folgende Beschlüsse gefaßt, welche wir hiermit laut § 29 unserer Statuten den Mitgliedern zur Kenntniß bringen.  
1) Für das abgelaufene Geschäftsjahr, vom 1. April 1877 bis zum 31. März 1878 wird an diejenigen Mitglieder, welche am Schluß des Geschäftsjahres im Besitz eines vollen Antheils (30 Mark) waren 6 pCt Dividende vertheilt.  
Die Dividende wird auf den wirklichen Geschäftsantheil (27 Mark) berechnet und gelangt mit 1,62 pro Antheil zur Auszahlung.  
2) Folgende Paragraphen der Statuten wurden geändert und lauten nunmehr wie folgt:

§ 12.  
Das Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März des folgenden Jahres.

In der Zeit vom 1. April bis 30. Mai jeden Jahres hat der Vorstand, unter Kontrolle des Aufsichtsrathes, die Inventur aufzunehmen, alsdann spätestens bis 1. Juni die Jahresrechnung aufzustellen und dem Aufsichtsrath zur Prüfung zu unterbreiten. Der Aufsichtsrath muß die Prüfung binnen 8 Tagen vollziehen, worauf vom Vorstand der Geschäftsbericht festgesetzt und an die Mitglieder der Genossenschaft gedruckt verhandelt wird. Die Vertheilung des Geschäftsberichts muß spätestens vier Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung erfolgen.

§ 21.  
Jedes Mitglied der Genossenschaft, welches mit seinen Ratenzahlungen gemäß § 11 am Eröffnungstage der Generalversammlung nicht restlos und mindestens 6 Monat Mitglied ist, ist berechtigt, zur Generalversammlung Anträge zu stellen, welche spätestens 3 Wochen vor einer Generalversammlung behufs Veröffentlichung der Tagesordnung beim Aufsichtsrath schriftlich eingbracht werden müssen, und persönlich an derselben mit Stimmrecht Theil zu nehmen.  
Absatz 2 u. f. w. sind unverändert.

§ 29.  
Alle statutenmäßig erforderlichen Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen erfolgen in der zu Berlin erscheinenden Zeitung: „Berliner freie Presse“ und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung: „Vorwärts“ und sind damit für alle Theilhaber verbindlich.  
Für den Fall, daß der

„Vorwärts“  
„Berliner freie Presse“  
eintreffen, erfolgen die Einladungen und Bekanntmachungen in dem zu Berlin erscheinenden

„Deutschen Reichs- u. kgl. preuss. Staatsanzeiger“  
und sind damit für alle Theilhaber verbindlich.

3) In den Vorstand wurden gewählt:  
J. Auer, | Disponenten,  
A. Baumann, |  
H. Radow, Kassirer,  
sämmtlich in Berlin wohnhaft.

4) In den Aufsichtsrath wurden gewählt: August Weib, G. E. Hartmann, C. Derossi, H. Köhler, D. Kapell, sämmtlich in Hamburg wohnhaft.

Der Vorstand:  
J. Auer, A. Baumann, Heinrich Radow.  
NB. Die Dividende kann bei unserer Kasse im Geschäftsbüro Kaiser-Franz-Grenadierplatz Nr. 8a in den gewöhnlichen Geschäftsstunden in Empfang genommen werden.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig und ist durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

# Der arme Conrad.

## Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1879.

**Inhalts-Verzeichniß:**  
Vorwort. — Vollständiges Calendarium. — Aus meinen Erinnerungen. Von Joh. Phil. Beder. — Woher und wohin mit den Rul's? — Wie entstand unsere Welt. Von L. Fritzwiger. — Heinrich Heine's Biographie. (Mit Portrait.) — Im Hinterhaus. Erzählung von Heinrich Friedmann. — Sonne, Erde und Mond. Ein wichtiges Kapitel für Kalenderkäufer. Von Emil Kogbach. (Mit 5 Abbildungen.) — Weihnachtsgedichte aus einem Proletariatsleben. Von F. W. Fritzsche. — Babeuf, Biographie. (Mit Portrait.) — Produktive und unproduktive Arbeit. Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie. Von H. Odenburg. — Was uns die Statistik lehrt. — Statistik sozialistischer Reichthagswahlen. — Die Vergiftung des Volkes. — Aus alten Papieren. — Post-Porto-Tarif. Telegramm-Tarif. Anekdoten. Sinnenwörter. Räthsel u. s. w. — Marktverzeichnisse für ganz Deutschland. Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheset nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzurathen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pfg., gebunden 70 Pfg., einzusenden, wofür wir franco per Kreuzband aufenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

**Frei-Exemplare werden nicht gegeben.**  
Auf Posten von 1 Duzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pfg. pro Stück netto gegen baar.  
gebunden 40

**Expedition des „Vorwärts“**, Leipzig, Färberstraße 12/11.  
**Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin**, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Sobald erschienen und ist sowohl direkt wie durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:

# Volkskalender für 1879.

13 Bogen gr. 4. Schön illustirt.  
Preis: geheset 50 Pfg., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pfg. 10 Stück geheset 4,00, 100 Stück 30,00 bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

**Inhalt:**  
1879 (Gebicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronologische Charakteristik und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1879. Jüdische Feste; Bau- und Bettage. Die Finsternisse des Jahres 1879. Wetterprophetieungen. Kalenderzeichen. Zeitunterschiede zwischen Berlin und anderen Orten. Calendarum, mit Messen und Märkten, Schriftkalender, Planetenrechnungen, Garten- und Blüthenkalender, Wetterprophetieungen, Anekdoten. Citate aus Göthe's Werken. Unser Planetensystem. Deutsche Tramps in Amerika, von Otto-Walster. Geschichte, von Ed. Sad. Die Wanderbewegungen. Der Brochweg, eine Dorfgeschichte. Ein Reichsminister in Röhren. Vom hohen Norden und vom Aequator. Pascal Paoli, von Theod. Herm. Lange. Wie ein Bauer seinen Dummheit wegen bestraft wird, und was davon zu halten, von Ed. Sad. Bäuerliche Menschenhandel. Ueber Dampfessel-erpllosionen. Weltlauf, von Heine. Heine. Das Dänendorf, ein Strandleben von Heine. Schmidt. Alt-Orientland, von Bruno Geiser. Telephon, Phonograph, Mikrophon. Shelley. Sinnenwörter von Friedrich v. Schiller. Die bevorstehende „elektrische“ Revolution. Der Nolo. Das Chamäleon. Der Seekrieg. Vermischtes. Emigra's Kalender. Tabellen: Portotabelle, Vantantentverzeichniß. Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schluß befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordsee gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthstabelle der Nordsee beigelegt.

**Illustrationen:**  
Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Wandernde Vögel. Schwimmender Eisberg. Eisgang im Norden. Ueberraschung durch einen Eisbären. Begräbniß im Eise. Schiff im Eise. Schiffsfahrt eines Eskimo. Karawanenstation zu Abu-Hammed in Rubien. Der sphäroidale Tropfen. Ausgelochtes Wasser. Vögel beim Einzug in Nymphe als Spele's Bruder erklärt. Ein Wohnsiß des Paristammes. Latul'sche Großschmiede. Die Kreopolis. Antial J. Der Nolo. Das Parthenon. Das Chamäleon. Schlegel. Reis' Telephon. Bell's Telephon. Die Watterhornklippen beim Gewitter. Explosion eines Torpedo.  
**Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volkes.**  
Bestellungen werden erbeten von  
13,80] Braunschweig, 27. August 1878. **W. Grade jr.**

Bei C. Grillenberger in Nürnberg erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen befreundeter Blätter zu beziehen:

# Deutscher Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1879.

9 1/2 Bogen stark, in Taschenbuchformat, gebunden.  
Inhalt: Calendarium. Die für Gewerbetreibende und Arbeiter wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung (Novelle vom 18. Mai 1878, in Kraft tretend am 1. Januar 1879); Haftpflichtgesetz; Lohnbefehlsgesetz; Gesetz über die Beurkundung des Personennamens u. die Form der Eheschließungen; Bestimmungen über den Postverkehr. 6 Bogen Schreibpapier für Tagesnotizen mit Geschäftskalender für jeden Tag.  
Preis 50 Pfg.

Bei Particnabnahme Rabatt. [6,00

# Prachtvoll und solid gearbeitete Einbanddecken

(Goldprägung) für die „Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77  
find in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von G. Zanen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurate und Filial-Expeditionen erhalten bei Particbezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten des Empfängers.  
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Wir empfehlen:  
Donai: Antwort an die Bekenner des Theismus . . . . . M. —10  
Füllmann: Organisation der Massen . . . . . —20  
Erinnerung an Herwegh . . . . . —10  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gäßlaff in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.